

Muchitsch: FPÖ-Sozialministerin plant nächsten Anschlag auf österreichische Arbeitnehmer

Utl.: Regionalisierung der Mangelberufsliste steigert die
Zuwanderung aus Drittstaaten =

Wien (OTS/SK) - „Als nächsten unüberlegten Schnellschuss von Schwarz-Blau“ bezeichnet SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch das Vorhaben die Mangelberufsliste zu regionalisieren. „Eine Regionalisierung würde innerhalb weniger Wochen zu einer ca. Verdreifachung der Mangelberufe führen und zu mehr Zuwanderung aus Drittstaaten, wie der Ukraine, Russland, und Serbien führen. Wir haben jetzt schon am österreichischen Arbeitsmarkt durch die EU-Dienstnehmerfreizügigkeit mit Lohn- und Sozialdumping zu kämpfen. Das wäre nach dem Streichen der Aktion 20.000 ein weiterer Anschlag der Bundesregierung auf österreichische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Damit verlässt die FPÖ total ihren bisherigen Kurs den österreichischen Arbeitsmarkt zu schützen. Ein nächster Kniefall vor der ÖVP“, zeigt sich Muchitsch am Donnerstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst entsetzt. ****

Schon jetzt können in Mangelberufen Beschäftigte von außerhalb der EU eine Rot-Weiß-Rot-Karte bekommen und erhalten so einen Arbeitsmarktzugang. Dazu muss österreichweit ein Mangel in diesen Berufen herrschen. Die Folge war ein nur sehr restriktiver Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt für ausländische Beschäftigte. „Mit der geplanten Regionalisierung der Mangelberufsliste werden Tür und Tor für eine Zuwanderung unter Deckmantel „Fachkräftebedarf“ nach Österreich geöffnet“, so Muchitsch.

Durch die Regionalisierung reicht dann ein Bundesland mit einem Mangel, um zuwandern zu können. Bisher betrafen die Mangelberufsliste vor allem technische Berufe, mit der Neuordnung könnten dann auch Maurer, Friseure, Kosmetiker oder Reinigungskräfte aus dem Nicht-EU-Ausland dann ungehindert auf den Arbeitsmarkt drängen. „Und das obwohl es auch in diesen Berufen bei uns tausende Arbeitslose gibt“, so Muchitsch. Jetzt müsse man mal schauen, wie die vor kurzem auf 27 Berufe erhöhte Mangelberufsliste sich auf den österreichischen Arbeitsmarkt auswirkt. Erst danach machen Gespräche über eine Evaluierung Sinn, ansonsten „haben wir beim nächsten Konjunkturabschwung Endlosschlangen vor unseren Arbeitsämtern“, so

der SPÖ-Sozialsprecher. (Schluss) up/sl

~

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0061 2018-01-04/12:36

041236 Jän 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180104_OTS0061